

Stadt-Umland-Konferenz 2009 – Mitschrift im Plenum

THEMA 1: Bodenpolitik und Baulandmobilisierung als Instrument vorausschauender Raumordnung

**Tisch 1: Expertin: Univ. Prof. Dr. Gerlind WEBER, Institut für Raumplanung BOKU Wien
Moderation: Gabriele SCHINKO, MBA (TINA Vienna)**

- Gute Instrumente sind bereits vorhanden, werden aber nicht ausgeschöpft, (z. B. das Instrument „Örtliches Entwicklungskonzept“)
- Bauland gilt zumeist als wertvoller als Grünland und wird oft als „optionales“ Bauland für eine künftige Verwertbarkeit gesehen → Begehrlichkeiten von privaten Grundeigentümern und einzelnen Gemeinden, z.B. Hotelprojekte...
- Burgenland & NÖ: Gemeinden wünschen sich eine Koordinationsfunktion, um mit dynamischen Veränderungen umzugehen – z. B um Strategien an Entwicklungserfordernisse anzupassen
- Kontroversiell: Wie brauchbar sind die Instrumente in der Realpolitik? Wie kommen wir zu einer tatsächlich vorausschauenden Bodenpolitik? Welche Stärken brauchen RegionalpolitikerInnen? Welche Instrumente, die auch Rechtssicherheit garantieren, brauchen wir?
- Stichworte: Verbindlichkeit und Rechtssicherheit, um Druck von den Gemeinden zu nehmen.
- Ist das Grünland ein Wert an sich oder liegt der Schwerpunkt beim ökonomischen Nutzen?

**Tisch 2: Experte: Bgm. Richard HEMMER, Stadtgemeinde Bruck an der Leitha
Moderation: DI Michael FLEISCHMANN, Ingenieurkonsulent für Raumplanung**

(in Ergänzung zu Tisch 1)

- Gemeinden brauchen Entwicklungsstrategien für Flächensicherung. Baulandmobilisierung wird gut angenommen. Bei der Umsetzung ist Kreativität gefragt.
- Wir brauchen Instrumente, um die Funktionen Wohnen und Gewerbe zurück in die Stadtzentren und Dorfkerne zu holen.
- Wir brauchen neue Instrumente: Infrastrukturabgabe, auch Abgaben, die Leerstand besteuern, um Bodenmarkt zu aktivieren, Unterstützung bei Einrichtung von Fonds

**Tisch 3: Experte: DI Karl SIEGL, Ingenieurkonsulent für Raumplanung
Moderation: DI Konrad TIEFENBACHER, NÖ Dorf- und Stadterneuerung**

(in Ergänzung zu Tisch 1 und 2)

- Eine Wiederbelebung der Infrastrukturabgabe ist notwendig. Baulandmobilisierungsverträge funktionieren, aber: wer überprüft die Einhaltung nach Ablauf der Fristen (Gemeinden, Land?) und wer setzt etwaige Sanktionen bei Nichteinhaltung?
- Wunsch: kein Gießkannenprinzip bei Standorten → interkommunale Lösungen anstreben (dies würde den Druck beim Finanzausgleich verringern)
- interkommunale Planung: vorhandene Programme sind primär einschränkend (d.h. ordnend), und nicht so sehr gestaltend (strategie- und entwicklungsorientiert)
- Wie gehen wir mit dem erwarteten Bevölkerungszuwachs im Ballungsraum und der Schrumpfung der Peripherie um? → Es braucht unterschiedliche Lösungen für Ballungsraum und Peripherie.

Stadt-Umland-Konferenz 2009 – Mitschrift im Plenum

THEMA 2: Wasserbau und Wasserwirtschaft in stark versiegelten Gebieten

**Tisch 4: Experte: DI Wolfgang HINKER, Zivilingenieur f. Kulturtechnik & Wasserwirtschaft
Moderation: DI Hans EMRICH, Ingenieurkonsulent für Raumplanung**

- Die Suburbanisierung hält an → viele versiegelte Flächen → Hochwassergefahr und Probleme mit Zuläufen, Einleitungen und Abfluss. Möglichkeiten der Gegensteuerung sind derzeit beschränkt (die NÖ Bauordnung enthält z.B. keine Kanalbestimmung mehr).
- Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Raumordnung, Siedlungsentwicklung (Wohnen und Arbeiten) und Wasserbau. Interdisziplinärer Zugang ist erforderlich. Retentionsflächen sind notwendig. Idee: Flächenbeschränkung auf zulässige Abflussmenge in Sekundenliter pro Hektar im Flächenwidmungsplan.
- Für Hochwasserschutz sind Flächen auszuweisen.
- Es besteht eine Diskrepanz zwischen Gemeindezuständigkeit und dem wasserwirtschaftlichen Planungsorgan. Die regionale Raumordnung ist gefordert.
- Die Landwirtschaft ist am meisten betroffen. Idee: entlastende Rahmenbedingungen für 5jährige bis 30jährige Zeitkulissen schaffen: rechtzeitige Flächensicherung für Tausch oder Ersatz für Ertragsanteile in gewissen Zeiträumen mit entsprechender Entschädigung (ohne Ankauf) → Fonds?
- Katastrophen können so nicht bedient / gesteuert werden.
- Mindestbebauungsdichten in Abstimmung mit ÖPNV. Örtliche Entwicklungskonzepte verpflichtend machen.

THEMA 3: Raumplanung in Abstimmung mit vorhandenen regionalen Verkehrskapazitäten

**Tisch 5: Experte: DI Dr. Sepp SNIZEK, Zivilingenieur für Bauwesen, Verkehrsplaner
Moderation: DI Matthias ZAWICHOWSKI, Technisches Büro für Raumplanung im-plan-tat**

- Projekt im Raum Mödling: Grenzen der Verkehrskapazität der Straßeninfrastruktur stehen vor-handenen Baulandkapazitäten gegenüber. Es gibt unterschiedliche Rechts- und Problemlagen in NÖ und Wien. Im niederösterreichischen Teil bestehen die Engpässe im Motorisierten Individualverkehr, in Wien gibt es noch Flächenreserven an der U-Bahnlinie U6. Die Bewusstseinsbildung auf Gemeindeebene steht dabei im Vordergrund: Verkehrskapazitäten und errechnete Verkehrskontingente werden auf die Baulandreserven heruntergebrochen → Wieviel Baulandentwicklung trägt der Raum?
- Wie kann die Nutzung des ÖV forciert werden (dort wo die dichte ÖV-Erschließung ökonomisch vertretbar ist)? Kann das Land NÖ Aufsichtsbehörde für dieses Anliegen sein?

**Tisch 17: Experte: DI Dr. Luzian PAULA, Ingenieurkonsulent für Raumplanung
Moderation: DIⁱⁿ Ilse HÖFLING, RM NÖ – Büro Weinviertel**

(in Ergänzung zu Tisch 5)

- Vor der Baulandausweisung ist zu überlegen, welches Ausmaß an Verkehrserregung die Verkehrskapazitätsreserven noch zulassen.

Stadt-Umland-Konferenz 2009 – Mitschrift im Plenum

- Wie kommen MitarbeiterInnen (auch Lehrlinge!) zu den Betrieben? Betriebsgebietsausweisung ist im Zusammenhang mit der ÖV-Anbindung zu sehen: Widmung dort, wo mit dem ÖV gut erschlossen werden kann.
- Das Instrument: „Regionaler Flächenwidmungsplan“ könnte nur im Konsens der Gemeinden funktionieren, aber es sollte Regelungsmöglichkeiten seitens des Landes geben. Frage: läuft das besser über bottom-up in den Gemeinden, oder top-down über das Land?
- Regionale Abstimmung ist notwendig: (Beispiel: Verkehrsströme aus Tulln wirken sich in Purkersdorf aus). Oft sind auch weit auseinander liegende Gemeinden funktional verbunden.
- Die Bevölkerung fragt nach wie vor das klassische Einfamilienhaus nach. Das Instrument Pendlerpauschale ist im Stadtumland problematisch.
- Das Land NÖ muss für den Ballungsraum und die Peripherie im Rahmen der Landesgesetze dieselben Instrumente vorsehen. Die „Gebietsgemeinde“ könnte als Instrument für die Abstimmung von Gemeinden genutzt werden (Art. 120 Bundesverfassung).

THEMA 4: Öffentlicher Verkehr – Rahmenbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten

Tisch 6: Experte: Werner MOLIK, VOR

Moderation: Christine HOFBAUER, NÖ Dorf- und Stadterneuerung

- Siedlungsentwicklung soll im Konnex mit ÖV-Erschließung erfolgen (auch bei Betriebsgebieten)
- Diskussionsthema U-Bahn-Endstellen: von P&R-Kunden zugewiesene Flächen sind problematisch für AnrainerInnen. Die Zonengestaltung hat auch Einfluss auf die Benutzung von Garagen (Familientarif andenken!)
- Thema überfüllte Schülerbusse: VOR bzw. Verkehrsunternehmen suchen das Gespräch mit den Schulen wegen Beginnzeitenstaffelung. Es ist aber schwierig, die Interessen unter einen Hut zu bringen, da bei den Linien mehrere Gemeinden oder auch Schulen betroffen sind.
- Der Ausbau der Pottendorfer Linie in Ebreichsdorf (in Hochlage?) ist ein heißes Thema.
- Idee: Wienerwaldbus am Wochenende, Optimierung einzelner Busverbindungen → VOR

Tisch 7: Expertin: DIⁱⁿ Andrea STÜTZ, VOR

Moderation: DI Manfred SCHRENK, Raumplaner, CEIT Alanova

(in Ergänzung zu Tisch 6)

- Der VOR ist zuständig für regionalen Busverkehr und berät als Knowhow-Träger (Haltestelleneinrichtungen, Förderungen, AST) die Gemeinden.
- Thema „Linienerschließung versus Flächenschließung“: Querverbindungen sind zunehmend gefordert. Die Bewegungsmuster werden unklarer. Das Zusammenspiel zwischen Haupt- und Zubringerlinien ist bestmöglich zu kombinieren.
- Hauptforderung: ÖV kann nur bei konzentrierter Siedlungsentwicklung funktionieren. Im Wohnbau hat jeder Neubau mittlerweile Niedrigenergiestandard – ein ähnlicher Standard wird für ÖV-Anbindung gefordert (Wohnbauförderung von ÖV-Anschluss abhängig machen!).

Stadt-Umland-Konferenz 2009 – Mitschrift im Plenum

- Vernetzt denken: Multimodalität und Verknüpfung verschiedenster Verkehrsmittel; grenzüberschreitend denken (Bund, Länder & Gemeinden!); Kooperation aller Verkehrsträger.
- Auf Komfort nicht nur bei den Fahrzeugen sondern auch beim Haltestellenzugang achten!
- Nutzung von Potenzialen der digitalen Information, eigene Busspuren, Light Rail (künftige Trassen nicht verbauen!!!)

Tisch 16: Experte: DI Michael REINBACHER, VOR

(in Ergänzung zu Tisch 6 und 7)

- Wer macht den stadtgrenzenübergreifenden öffentlichen Verkehr: die ÖBB und Regionalbusse. Warum nicht auch die Wiener Linien? Wegen der Problematik der Inhouse-Vergabe (betrifft EU-Recht). Vorschlag: ÖV-Infopackage für jene, die ins Umland ziehen (Beispiel München!).
- Was ist unter Grundversorgung zu verstehen? Soll die Konzentration auf Achsen erfolgen und die Zwischenräume lassen wir leer? Ziel: Leute sollen vor allem mit dem Rad zum ÖV zufahren.
- Ausbau Radverkehr: große P & Ride-Anlagen werden gebaut → Bike & Ride-Anlagen für Feinverteilung sind auch erforderlich und wichtig.
- Konklusio: Geld für Straßenausbau in ÖV- und nicht motorisierten Verkehr umlenken. Umdenken bei Kilometergeld (Fahrscheine und Zeitkarten in Betrieben).
- Gute Ansätze: auf den Korridoren und Achsen ist der ÖV gut (z.B. Stammstrecke). Oft gibt es widersprüchliche Ansprüche der Gemeinden – wer entscheidet da (über die Finanzierung)? Wo ist die übergeordnete Stelle? Koordinationsmöglichkeit über SUM?
- Autobahnbau: von einer Stelle geplant, finanziert, errichtet. Im ÖV ist dies wesentlich komplexer organisiert und daher schwierig.

THEMA 5: Landschaftskonto für ökologische Ausgleichsmaßnahmen bei Großprojekten

Tisch 8: Experte: DI Thomas PROKSCH, Büro für Landschaftsplanung Land in Sicht

Moderation: DI Hans KORDINA, Ingenieurkonsulent für Raumplanung

- Breiter Konsens über Sinnhaftigkeit des Instruments. Die bestehenden Instrumente sind langfristig nicht ausreichend, um Umsetzungsdefizite der Landschaftsplanung auszugleichen
- Jedenfalls ist die kleinregionale Suche nach Konsens notwendig. Leitprojekte im Ballungsraum sollen mit Prioritäten versehen werden (dazu besteht aber kein Konsens am Tisch!), Ansätze wie in der Tschechischen Republik (mit hohem Standard flächendeckend umgesetzt) oder in Salzburg, in Großbritannien bzw. auf EU-Ebene sollen aufgegriffen werden.
- Landschaftskonto ist kein Allheilmittel. Nachdenken über Finanzausgleich zwischen Gemeinden ist notwendig. Auch wenn das Modell informell angedacht ist, sollte es institutionalisiert werden (verbindliche Regelungen über Trägerschaft...).

Stadt-Umland-Konferenz 2009 – Mitschrift im Plenum

Tisch 9: Expertin: DIⁱⁿ Karin GRAF, Land in Sicht, Büro für Landschaftsplanung Moderation: Mag. Wolfgang ALFONS, Regionalmanagement NÖ

(in Ergänzung zu Tisch 8)

- Heiße, aber konstruktive Diskussion:, ja, das Modell ist sinnvoll, beim Forstgesetz gibt es das schon (Beispiele: Stadtwald Schwechat im Zusammenhang mit der 3. Piste des Flughafen Wien, Petersbach)
- Was braucht es? Es geht nicht ohne gesetzliche Regelung (freiwillig wird es nicht funktionieren). Ansätze: Flächenpool (Deutschland) und / oder Landschaftskonto, auf das eingezahlt wird und das dann für Ausgleichsmaßnahmen verwendet wird.
- Nachschärfen beim Finanzierungsmodell ist notwendig.
- GemeindevertreterInnen sehen Finanzausgleichsregelung als Grundvoraussetzung für das Funktionieren.

THEMA 6: Konzeptmüdigkeit versus Strategiebedarf bei der gemeinsamen Raumentwicklung

Tisch 10: Experte: DI Hannes SCHAFFER, mecca consulting,

- Müdigkeit kommt aus dem Defizit bei Umsetzungsstrategien. „Kreative Unschärfe“ erlaubt leichtere Konsensfindung, ist aber nicht immer zielführend.
- sinnvolle Ansätze: BürgermeisterInnen wünschen sich stärkeres top-down (im Zusammenspiel mit bottom-up) bei einigen Fragestellungen.
- SUM funktioniert gut, Kooperation mit Bratislava funktioniert auch. Nur wenn alle Beteiligten von einem Konzept profitieren, ist es auch durchsetzungsfähig
- Rahmenbedingungen: intensive Diskussion über Regionale Flächenwidmungsplanung. Wie kommen wir zu einer regionalen Verbindlichkeit? Schweizer Ansatz: regionale Leitplanung (Kernpunkte werden von der Landes(= Kantons)Regierung vorgegeben, die Gemeinden erhalten einen Spielraum zur konkreten Umsetzung.
- Nachschärfung? Regionaler Fairplay ist gefordert (Beispiel SUM). Das schon Entwickelte ist wichtig. Auf unterschiedliche Kooperationstiefen ist zu achten (von 3 bis 50 Gemeinden), Wann kommt es zu gemeinsamen Strategien? Zitat: „so lange mir nichts wehtut, lasse ich nicht bohren“, „reißen nur, wenn das weniger weh tut, als der Zahn selbst....“

Tisch 11: Experte: Mag. Reinhard TÖTSCHINGER, GF der Reinhard Tötschinger Organisations- und UnternehmensberatungsGmbH

(in Ergänzung zu Tisch 10)

- Prozesssteuerung wurde anhand von Vision Rheintal diskutiert. Wie sind die Beteiligten zu involvieren, um alle relevanten Parteien dabei zu haben? Herausforderungen: richtiges Maß an Beteiligung finden; richtiges Maß an Verbindlichkeit (Methoden?) finden; einheitliche wirtschaftliche Basis für Sachthemen finden.
- Wichtig: Ausgleich von top-down und bottom-up; Visualisierung bei Veranstaltungen; „Pläne übersetzen“ (auf Verständlichkeit achten)

Stadt-Umland-Konferenz 2009 – Mitschrift im Plenum

- Mehr Visionen sind gefordert; nicht zu große Detailgenauigkeit. Win-win-Situation für Gemeinden ist notwendig. Gibt es gemeinsame Strategien (oder wird einfach umgesetzt?)? Strategieentwicklung braucht hohe Aufmerksamkeit!

Tisch 15: Expertin und Moderatorin: DI Dr. Petra HIRSCHLER, TU Wien

(in Ergänzung zu Tisch 10 und 11)

- „So müde sind wir gar nicht“. Schwierig ist die Einbindung der Gemeinden in regionale Prozesse (das setzt Profilbildung der Gemeinden voraus!). Kooperation bei Betriebsansiedlung wird zumindest angedacht.
- Kernfragen: Auf welchen Ebenen, bei welchen Themen kann wie kooperiert werden? Wer ist einzubeziehen?
- Blick nach München (good practise), Konzepte sollten zwingend eine Umsetzungsstrategie enthalten (Prozess der Erstellung ist aber auch wichtig für Bewusstseinsbildung) – evaluieren!

THEMA 7: Konfliktkultur und effizienter Dialog im Ballungsraum

Tisch 12: Experte: DI Wolfgang HESINA, GF Dialogforum Flughafen Wien-Schwechat

Tisch 13: Experte: DI Herbert BEYER, NÖ Umweltschutz, Mediator

**Tisch 14: Experte: Kurt KREMZAR, Bürgermeister der Gemeinde Hennersdorf
Moderation: DI Andreas KÄFER, Verkehrsplaner**

- Es gibt ein Informationsdefizit betreffend Konfliktlösungsverfahren und die Scheu vor dem Unbekannten. Professionelle Konfliktbearbeitung wird aus der Not heraus in Anspruch genommen und erst bei Eskalation angewendet.
- Zitat: „Gesagt ist nicht gehört, gehört ist nicht verstanden, verstanden ist nicht einverstanden.“ Was will ich mit Dialog, an wen richte ich das? BürgerInnen-Einbeziehung (auch der Nachbargemeinden) muss systematisch angegangen werden um keine falschen Erwartungen zu wecken.
- Fragen: Welche Methode eignet sich für welche Fragestellung (z.B. Volksbefragung zu Minaretten??) und wann erfolgt die Konfliktbearbeitung rechtzeitig? Wieviel Zeitressourcen sind einsetzbar und wann ist der Zeitpunkt, Dinge öffentlich zu machen?
- Politische Entscheidung kann nicht durch Dialog ersetzt werden. Die Politik kann durch Konfliktmoderation zwar entlastet werden, sie muss aber schlussendlich selbst Entscheidungen treffen (Rückenstärkung ist möglich und wichtig).
- Abklärung: Worauf soll der Dialog hinauslaufen? Konsens muss nicht unbedingt das Ziel sein!
- Länderübergreifender Informationsmangel wird diagnostiziert!
- Behördliches UVP-Verfahren ist nicht geeignet für konsensualen Dialog. Es braucht kein neues Verfahren, aber neue Instrumente (z.B. Runder Tisch Hennersdorf).
- Handlungsanleitungen sind erwünscht. Das SUM ist gefordert. Das Anliegen „Ballungsraum“ sollte stärker kommuniziert werden (auch als Thema für die Bevölkerung): Grenzen überwindend denken (Stärkung des SUM)!

Stadt-Umland-Konferenz 2009 – Mitschrift im Plenum

THEMA 8: Zwischenergebnisse „Analyse der Räumlichen Entwicklung der Ostregion (SRO)“

Sesselkreis: Experte: DI Dr. Peter Johannes GÖRGL, Institut für Stadt- und Regionalforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Moderation: DI Andreas Hacker, Stadt-Umland-Management Wien/NÖ

- Wichtig: für die erwartete starke Siedlungsentwicklung in der Donaustadt und das erwartete Bevölkerungswachstum ist eine entsprechende Infrastruktur vorzusehen!
- Wie wird die Studie bzw. wie werden die Ergebnisse der Studie berücksichtigt? → SRO (Strategie zur Räumlichen Entwicklung der Ostregion) liefert Szenarien für die räumliche Entwicklung
- Verkehrsverflechtungen: Schnellbahnachsen stärker berücksichtigen (vgl. München), die Achsen müssen entsprechend bedient (befahren) werden. Die derzeitige ÖBB-Politik wird als Problem gesehen.
- Welche Kriterien gelten für die Abgrenzung des SRO-Untersuchungsraumes? Es gibt keine „wissenschaftliche“ Abgrenzung der Stadtregion (sie ist je nach Funktion und Thema unterschiedlich zu handhaben)
- Zeithorizont für SR-Szenarien: 2030
- Die Einbeziehung von Bratislava wäre sinnvoll. Problem: Datenstruktur ist unterschiedlich
- Erreichbarkeiten: sind nicht als Potenziale dargestellt
- Wichtig: Analyse der Push & Pull-Faktoren für die räumliche Entwicklung
- Wichtig: wie ist ein Ausgleich zwischen etwaigen Verlierern und Gewinnern der Entwicklung möglich (insbesondere zwischen den Kommunen)?
- Weitere Schritte des Projekte SRO: „Werkzeugkiste“ (Instrumente), „Szenarien“ (Fertigstellung Frühjahr 2010)

Protokollierung: SUM, 30.11.09